

Charité-Tochter CFM: Warnstreiks schlagen hohe Wellen in Berlin!

CFM-Beschäftigte der Charité in Berlin rufen zu Warnstreiks auf, um gerechte Löhne und Tarifverhandlungen einzufordern.

Berlin, Deutschland - Am 18. März 2025 kündigten die Beschäftigten der Charité-Tochtergesellschaft CFM in Berlin Warnstreiks für Donnerstag und Freitag an. Die Gewerkschaft Verdi nutzt diesen Streik als ein Signal an die Geschäftsführung der CFM, an die Charité und auch an das Land Berlin, um auf die drängenden Fragen der Beschäftigten aufmerksam zu machen. Diese Warnstreiks zielen darauf ab, eine angemessene Bezahlung zu erreichen, die an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) angelehnt ist, der für Charité-Beschäftigte gilt. Für die CFM-Beschäftigten hingegen sind diese Regelungen derzeit nicht verbindlich, was zu einer erheblichen Ungleichbehandlung führt.

Wie **rbg24** berichtet, haben die CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag zugesichert, dass die CFM-Beschäftigten gleich bezahlt werden sollen wie ihre Kollegen bei der Charité. Aktuell liegen die Löhne bei CFM teilweise unter dem Branchenmindestlohn. Dies hat die Unzufriedenheit unter den Beschäftigten gesteigert, die sich nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für eine Angleichung ihrer Arbeitsbedingungen einsetzen.

Details zu den Warnstreiks

Die Warnstreiks, die am Donnerstag und Freitag stattfinden

sollen, sind nicht isoliert. Bereits am 6. und 7. März traten CFM-Beschäftigte in den Streik, zeitgleich mit den Kollegen direkt bei der Charité. Diese Aktionen verdeutlichen den gemeinsamen Kampf für bessere Bedingungen und eine gerechtere Bezahlung. Gisela Neunhöffer, Verdi-Verhandlungsführerin, äußerte Unzufriedenheit über das Fehlen konkreter Angebote zur Entgelterhöhung von Arbeitgeberseite.

Die CFM-Beschäftigten, die etwa 3.500 Menschen in Bereichen wie Küche, Reinigung und Betriebstechnik umfassen, haben immer wieder auf die bestehenden Ungleichheiten hingewiesen. Tobias Kluge, Elektrotechniker und Mitglied der Tarifkommission, berichtete von einer zunehmend spürbaren Ungleichbehandlung seit 2016. Neben weniger Lohn fehlen den CFM-Mitarbeitern auch Krankengeldzuschüsse und sie sind nicht Teil der betrieblichen Altersversorgung über die VBL, wodurch ihre finanzielle Sicherheit stark eingeschränkt ist.

Demonstrationen zur Unterstützung der Forderungen

Zur Verstärkung ihrer Anliegen ist für Donnerstag eine gemeinsame Kundgebung mit den Beschäftigten der BVG um 9 Uhr vor dem Roten Rathaus geplant. Im Anschluss soll ein Demonstrationszug zum Abgeordnetenhaus führen. Diese Form des Protests soll nicht nur die Sichtbarkeit der Anliegen erhöhen, sondern auch Druck auf die politisch Verantwortlichen ausüben, ihre Versprechen einzuhalten.

Am Freitag wird zudem eine Urabstimmung über einen unbefristeten Streik beginnen. Verdi fordert, dass die Bezahlung der CFM-Beschäftigten endlich auf die des TVöD angehoben wird, was die ohnehin prekären Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter erheblich verbessern könnte. Während der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, insbesondere im Gesundheitswesen, klare Regelungen zu Gehältern und Arbeitsbedingungen bietet, sind CFM-Beschäftigte von diesen Vorteilen bisher ausgeschlossen.

In einem Kontext, der für die Beschäftigten im Gesundheitswesen äußerst herausfordernd ist, bleibt abzuwarten, ob die Warnstreiks und die anstehenden Urabstimmungen tatsächlich zu einer Lösung des Tarifkonflikts führen. Das Gesundheitswesen ist ein entscheidendes Feld für die medizinische Versorgung in Deutschland, und die validen Forderungen der CFM-Beschäftigten könnten hier letztlich auch Vorbild für weitere Tarifverhandlungen werden.

Details	
Vorfall	Streik
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • bb.verdi.de • www.staatsjobs.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de